

In Österreich und den Nachbarländern drückt der Corona-Hemmschuh der Bundesländer, Regionen oder Kantone. Zeigt das Virus die Grenzen des Föderalismus auf?

Von Wolfgang Machreich

Überraschung da wie dort: Als deutsche Föderalismus-Forscherin sei sie verblüfft, dass bei der Pandemie-Bekämpfung in Österreich nicht stärker zentralistisch reagiert werde als in Deutschland, sagt Nathalie Behnke. Die gesetzlichen Möglichkeiten dazu wären gegeben. Aber daran merke man eben, dass die österreichischen Bundesländer „stärker sind“, als ihnen auf rechtlich-formaler Ebene zugesprochen wird, meint die Politologin von der Technischen Universität Darmstadt im FURCHE-Gespräch.

Überraschung herrscht auch in Tirol, nämlich über das strikte bayerische Corona-Grenzregime. „Bayern fühlt sich als Lordsiegelbewahrer des Föderalismus in Deutschland und in Europa“, hat bereits Edmund Stoiber, der Vor-Vorgänger des jetzigen bayerischen Ministerpräsidenten, Markus Söder, proklamiert – und dies gegenüber Berlin wie Brüssel auch gerne exekutiert. In normalen Zeiten applaudierte Innsbruck diesem Münchner föderalen Selbstbewusstsein. Als Lordsiegelbewahrer fühlt man sich nämlich auch in Tirol. Denkt man an die Transit-Schlachten mit Brüssel, spielt das Land sogar in der Föderalismus-Europaliga mit. Doch die normalen coronafreien Zeiten liegen bald ein Jahr zurück – und wann sie wiederkommen, bemisst sich an der Inzidenz-Rate. Und die ist den Bayern in Tirol zu hoch und noch dazu mit Covid-19-Mutationen gespickt. Darum gehen die Grenzbalcken zu, und die Grenzkontrollen fahren hoch. So wie auch an den inner-österreichischen Grenzen.

Gegen Wien poltern

Nach dem Fall Ischgl ist Tirol mit dem südafrikanischen Corona-Import ein zweites Mal über Österreich hinaus in die Pandemie-Negativschlagzeilen geraten – Inkompetenz gepaart mit Sturheit lautet der Vorwurf an die Landespolitik. Wobei vor allem der polternde Stil für Kritik sorgte, mit dem Tiroler Politiker und Wirtschaftsvertreter – oft in Personalunion – gegen die Bundesebene schimpften und sich gegen Quarantäne-Einschränkungen wehrten. Am Tiroler Wesen wird der Föderalismus jedenfalls momentan nicht genesen. Im Gegenteil: Durch das Tiroler Beispiel sehen sich jene bestätigt, die föderalistische Strukturen als Gift für eine effektive Pandemie-Bekämpfung erachten und für eine zentrale Steuerung der staatlichen Sanitätspolitik plädieren – samt hierarchischer Weisungskette, die einheitliche Vorgaben umsetzt.

Nathalie Behnke widerspricht jedoch dem Schwarz-Weiß-Bild, dass zentralistisch gesteuertes Vorgehen im Kampf gegen die Pandemie per se erfolgreicher sei: „Die Fehleranfälligkeit ist in föderalistischen Systemen nicht größer.“ Den großen Vorteil des Föderalismus in dieser Krise sieht sie darin, dass zwischen den staatlichen Ebenen in Deutschland mehr diskutiert und verhandelt werden muss: „Keiner weiß, wo der einzig richtige Weg liegt. Aber wenn die Bundeskanzlerin mit den 16 Länderchefs zusammensitzt, kann ich darauf vertrauen, dass nicht leichtfertig entschieden wird. Und das ist das Beste, was man in der Krise erreichen kann.“ Außerdem bewiesen die vergangenen Monate, so Behnke, dass sich der föderalistische Kampf gegen das Corona-Virus als ein lernendes System bewährt: Allfällig nötige Korrekturen bei den getroffenen Entscheidungen sind „eingepreist“ – und falsch erkannte Maßnahmen würden relativ schnell wieder revidiert.

Lernendes System

Lob für den Föderalismus bei der Pandemie-Bekämpfung kommt auch vom Freiburger Ökonomen und Vorsitzenden des deutschen Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Lars P. Feld: Durch die erste Welle seien Österreich, Deutschland und die Schweiz besser durchgekommen, lautet sein Befund. Und auch über das gesamte Jahr 2020 betrachtet hätten im Vergleich zu Zentralstaaten „alle Föderalstaaten besser abgeschnitten, was die Infektionszahlen, die Todeszahlen und die Wirtschaftskraft betrifft“. So wie Behnke die gegenseitige Lernfähigkeit im Föderalismus betonte, so meinte auch Feld bei einer von der Konjunkturforschungsstelle (KOF) der ETH Zürich organisierten Online-Diskussion: „Die Bereitschaft, voneinander zu lernen, ist essenziell.“

Als Titel dieser Veranstaltung firmierte die Frage: „Föderalismus in Corona-Zeiten – Fluch oder Segen?“ Während Feld mit besonderem Blick auf Deutschland die segensbringende Rolle des Föderalismus betonte, brachte der Züricher KOF-Direktor Jan Egbert Sturm bei seiner Beschreibung des in der Schweiz betriebenen Corona-Föderalismus durchaus auch Fluch-Aspekte in die Diskussion ein. Allein die Zahl von 26 Schweizer Kantonen zeige, verglichen mit neun und 16 Bundesländern in Österreich und Deutschland, in welcher kleinstrukturierten Föderalismus-Liga die Schweiz spiele. Hinzu komme, dass die Schweiz einen wettbewerbsorientierten Föderalismus lebe, im Unterschied zum stark kooperativ ausgerichteten Föderalismus in

Deutschland und Österreich. In normalen Zeiten funktioniere diese Schweizer Form des Föderalismus sehr gut, sagt Sturm; in der Pandemie befördere er jedoch einen „Wettbewerb nach unten“ und eine Laissez-faire-Haltung, was die Einführung und Durchsetzung strenger Corona-Regeln betreffe. Die Inzidenz-Raten der unterdurchschnittlich und überdurchschnittlich restriktiven Kantone spiegeln diesen Schweizer Fleckerlteppich an Corona-Maßnahmen sehr gut wider und sind für Sturm eine Folge davon, „wenn zur Lösung eines nationalen Problems mit kantonalen Maßnahmen umgegangen wird“.

Das Schweizer Epidemiegesetz unterscheidet zwei Bedrohungsszenarien: Während der ersten Corona-Welle im Frühjahr 2020 hat der Bund die Kontrolle mit Verweis auf die „außerordentliche Lage“ an sich gezogen: „Die föderalen Strukturen wurden einigermassen aufgehoben“, sagt Sturm, „und die Schweiz ist gut durchgekommen“. Seit dem Sommer des Vorjahres wird das Pandemie-Ge-

schehen hingegen als „besondere Lage“ eingestuft, womit die Kantone ihre Anhörungsrechte und Entscheidungsbefugnisse zurückbekommen haben. „Das kostet kostbare Zeit“, sagt Sturm, „doch der Bund kehrt nicht gerne zurück in die außerordentliche Lage.“ Hört sich nach Corona-Ping-Pong an, bei dem der Bund die mit mehr Kompetenzen einhergehende Verantwortung samt Kosten nicht gerne übernimmt – und die Kantone

Schwarze Mander

nennt der Volksmund die Bronzefiguren der Habsburger Könige, Grafen, Herzöge, Frauen wie Männer, die in der Innsbrucker Hofkirche das leere Grab von Kaiser Maximilian bewachen.

„Tirol bestätigt jene, die Föderalismus als Gift für effektive Pandemie-Bekämpfung erachten und für zentrale Steuerung plädieren.“

ihre Entscheidungsbefugnisse auch mit Blick auf die Vermeidung von für sie teuren Maßnahmen nicht gerne hergeben.

Als „Schuldzuweisungs-Föderalismus“ bezeichnet Monika Köppl-Turyna das Hin und Her der politischen Verantwortung zwischen Bund und Ländern in Österreich. Die Direktorin des Wirtschaftsforschungsinstituts „EcoAustria“ nannte in der Diskussion mit den deutschen und Schweizer Kollegen nicht ein Zuviel an Föderalismus in Österreich als Problem. Im Gegenteil: Trotz sehr unterschiedlicher regionaler Verläufe der Pandemie wurden neben den dominierenden zentralen Vorgaben von Bundeseite „relativ wenige regionale Maßnahmen“ gesetzt. Das Hauptproblem in Österreich ortet Köppl-Turyna in der „unzureichenden Kommunikation“ zwischen Bund und Ländern und in der stärkeren Gewichtung „politischer Partikularinteressen“ gegenüber dem Ganzen. Womit sich der Kreis zum Tiroler Ausgangspunkt mit folgendem Fazit schließt: Landeshemd, Parteileiberl oder Wirtschaftstrikot sind auch in einer Pandemie – wenig überraschend – oft näher als der Bundesrock.



Foto: Wolfgang Machreich

Land der Fürsten, coronareich